

Illnau-Effretikon, Glattfelden und Winterthur, 10. September 2001

KR-Nr. 279/2001

POSTULAT von Ueli Annen (SP, Illnau-Effretikon) , Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden) und Hans Fahrni (EVP, Winterthur)

betreffend Politik mit Behinderten

Der Regierungsrat wird eingeladen, eine Politik zu formulieren, welche die Benachteiligung von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft planmässig abbaut und ihre gleichberechtigte Teilhabe und möglichst weitgehende Selbstbestimmung ermöglicht.

Ueli Annen
Susanne Rihs-Lanz
Hans Fahrni

Begründung

Seit dem 1. Januar 2000 haben wir eine neue Verfassung, welche auch behinderten Menschen gleiche Rechte garantiert und die Gesetzgeber verpflichtet, Massnahmen zur Beseitigung von Nachteilen für Behinderte zu ergreifen.

Das Gleichstellungsgesetz ist gegenwärtig bei den eidgenössischen Räten in Behandlung. Auch im Kanton Zürich sind viele positive Schritte zur Förderung der Integration von Behinderten unterwegs; was allerdings fehlt, ist ein übergreifendes Konzept, welches die punktuellen Bemühungen und Vorhaben in einer rationalen und zielgerichteten Politik vereinigt.

Selbstverständlich braucht es dazu die Zusammenarbeit mit den Betroffenen, mit deren Hilfe eine Prioritätenliste für entsprechende Massnahmen erstellt werden sollte.